

Meinungen
und Informationen
aus dem
Evangelischen
Arbeitskreis
der CDU/CSU

September 1973

Evangelische Verantwortung

Heft 9/1973

Durch das „C“ haben wir Zukunft

Rudolf Junghans

Die Frage nach dem „C“ stellt sich für die Union immer wieder aufs neue. In verschiedenen Beiträgen innerhalb der Evangelischen Verantwortung haben wir versucht, zu diesem Themenkreis Stellung zu beziehen. Im folgenden Artikel geht der Verfasser der Frage nach, inwieweit das „C“ als dialogische Herausforderung für die CDU Einfluß auf die Gestaltung der Politik von morgen nehmen kann.

Geschichte ist unüberholbar. Wie wir morgen leben werden, vermag daher niemand im einzelnen zu sagen. Wie wir morgen leben wollen, das können und müssen wir heute schon sagen, denn alle Entscheidungen enthalten grundsätzliche Wertentscheidungen über die Zukunft. Und es gehörte schon immer zu den Aufgaben der Politik, bei der Gestaltung sozialer Lebensbereiche deutlich zu machen, wie diese unsere Zukunft aussieht, die immer schon begonnen hat. Denn die Zukunft ist unausweichlich, wie dunkel und unbekannt sie auch immer sein mag. Sie kommt auf uns zu als das große Unbekannte, sonst wäre sie nicht Zukunft, sondern Gegenwart. Und in dieser un-

ausweichlichen Konfrontation mit dem Unbekannten fühlen wir uns bedroht. Wir haben nicht gelernt, mit Unbekanntem umzugehen, und fühlen uns dem, was da kommt, ausgeliefert. Zwei besonders weit verbreitete Einstellungen dieser unbekanntem Zukunft gegenüber sind feststellbar: die einen versuchen der Bedrohung zu entkommen, indem sie sie einfach nicht zur Kenntnis nehmen und sich um so entschlossener der Gegenwart zuwenden unter bewußter Ausblendung vergangener und zukünftiger Geschichte. Sie bezeichnen ihre Haltung oft als vom Realismus getragen; in Wirklichkeit ist sie nicht viel mehr als platter Pragmatismus. Die anderen versuchen der Bedrohung Herr zu werden, indem sie kurzerhand die Gegenwart als das Bedrohliche hinstellen und die Zukunft zur Flucht aus der Gegenwart benutzen. Es ist deutlich, daß beide Einstellungen nicht zu einem im echten Sinne realistischen, d. h. situationsgerechten Verhalten verhelfen. Jede Situation erfordert nämlich ein spezifisches Verhalten, das eine angemessene Antwort darstellen muß. Angemessenes Antworten setzt aber das richtige Verstehen der Situation und die

Herzlich
willkommen
in München

18. Bundestagung
des EAK der CDU/CSU
7.—9. September '73

Wie
wir
morgen
leben
wollen

Unter den Rufnummern
(08 11) 44 98 11 und (08 11) 98 54 56
erreichen Sie uns während der
18. Bundestagung im Kongreß-
zentrum des „Sheraton“, 8 Mün-
chen 81, Arabellastraße 6.

Auch ohne vorherige Anmeldung
ist eine Teilnahme möglich.

richtige Entscheidung unter einer Vielzahl von Möglichkeiten voraus. Schließlich erfordert das angestrebte Ziel, sich situationsgerecht zu verhalten, und das heißt, angemessen zu antworten, eine Abstimmung untereinander, damit das Handeln für andere voraussehbar und kalkulierbar wird. Dieses Ziel wird man nicht erreichen, wenn man nicht die Frage nach der Zukunft so stellt, wie sie gestellt werden muß, nämlich als die Frage nach dem Sinn dessen, was wir heute tun. Erst nach Beantwortung dieser Frage wird man richtig verstehen und entscheiden und damit angemessen antworten können. In einem solchen Verhalten ist Zukunft schon gegenwärtig, wird die Gegenwart von der Zukunft her verstanden.

Das „C“ als dialogische Herausforderung

Nun ist aber, wie wir sahen, ein solches situationsgerechtes Verhalten durchaus nicht selbstver-

ständig und keinesfalls die Regel. Die Frage nach der Zukunft als die Frage nach dem Sinn dessen, was wir heute tun, ruft allenthalben Ratlosigkeit hervor. Politik, die um Vertrauen wirbt und darauf angewiesen ist, muß die Zukunft, die als das Unbekannte, Bedrohliche empfunden wird, erklären können, indem sie die Sinnfrage beantwortet. Nur so kann sie deutlich machen, daß die Zukunft schon begonnen hat, indem wir sie heute gestaltend verantworten. Nur so kann sie die Angst vor dem Unbekannten abbauen. Nur so kann sie hoffen, Vertrauen geschenkt zu bekommen. Die CDU steht dieser Forderung seit etlicher Zeit merkwürdig ratlos gegenüber. Und die oft gestellte Frage, ob sie eine Zukunft habe, erweist sich recht verstanden als die Frage, ob die CDU eine Antwort hat auf die Frage „Wie wir morgen leben wollen“. Entscheidend für die CDU wird sein, ob sie diese Frage so beantworten kann, daß klar wird, was unbekannt war und als Bedrohung empfunden wurde. Deutlich werden muß, daß diese Antwort Vertrauen verdient, weil sie Zukunft gegenwärtig sein läßt und sich in solchem Abbau des Unbekannten und Bedrohlichen Zukunft ereignet. Die Zukunft der CDU bedingt also ein Programm, das mehr ist als Abgrenzung gegenüber als falsch erkannten Positionen, das mehr ist als Interessenausgleich. Die Frage ist, was der CDU vom Pragmatismus zu einer Position verhelfen kann, die Zukunft eröffnet und Zukunft hat, weil sie Vertrauen ermöglicht.

In einer Gesellschaft, in der der Geltungsbereich von Kirche und Religion schrittweise, aber beharrlich eingeschränkt worden ist, könnte der Versuch, die Lösung des Problems allem Augenschein zum Trotz beim „C“ des Namens der Partei zu suchen, als Anachronismus erscheinen. Dennoch soll versucht werden, das „C“ als dialogische Herausforderung zu erweisen, die Zukunft eröffnet: Zukunft für eine vertrauenswürdige Politik; Zukunft vor allem für den Menschen, dem diese Politik gilt; und nicht zuletzt Zukunft für die Partei, die für sie eintritt. Um die Kraft dieses „C“ zu erweisen, muß natürlich auch gesagt werden, woran es lag, daß diese Kraft lange Zeit so kraftlos war.

Mehr Zeit zum Nachdenken erforderlich

Während der letzten zweieinhalb Jahrzehnte haben wir das „Was“ unserer Politik für selbstverständlich gehalten und uns auf Modelle konzentriert, um sie für den Menschen relevant zu machen. In dieser oft als Aufbauphase bezeichneten Periode nahmen wir uns selten oder nie Zeit, nachzudenken über das, was da relevant gemacht werden sollte. Gewiß, es ist auch in dieser Zeit viel von der Politik aus christlicher Verantwortung die Rede gewesen. Aber dabei wurde es für die Öffentlichkeit und auch für viele in der Partei zunehmend schwieriger, eine deutlich erkennbare Beziehung zwischen unserer Politik und dem, woher wir kommen und wohin wir gehen, herzustellen. Die Position und die grundsätzlichen Wertentscheidungen verblaßten immer mehr, und bald war eine Antwort auf die gleichzeitig immer drängender werdende Sinnfrage kaum noch befriedigend möglich. Das Morgen wurde als die Verlängerung des Heute gesehen. Eine solche Haltung konnte aber der Zukunft nicht gerecht werden, und so trug die Union nicht eben wenig dazu bei, daß man sie auf ein Klischee des Konservativen fixierte.

Das „C“ aktualisieren

Dieser ganze Prozeß war nur durch einen leichtsinnigen und sträflichen Pragmatismus möglich. Und der stetige, aber unaufhaltsame Vertrauensverlust war eben nicht nur das Resultat böswilliger Diffamierung durch den politischen Gegner und die Massenmedien, sondern mindestens ebenso sehr das Resultat einer fehlenden Antwort auf die Frage nach dem Sinn dessen, was getan wurde. Auch das „C“ im Namen der Union wurde weithin nur noch beteuert, aber nicht mehr aktualisiert. Sicher, es wurde nie verstanden als festgeschriebene kausale und inhaltliche Bindung. Das war und ist richtig. Aber es wurde und wird doch verstanden als Selbstverpflichtung und Orientierungspunkt für den Einzelnen, der Politik aus christlicher Verantwortung betreibt. Seine Funktion als Orientierungs-

Aus dem Inhalt

Durch das „C“ haben wir Zukunft Rudolf Junghans	1
Dokumentation: SHB-Telegramm	3
Kurz notiert	4
Glaube als Basis unseres Handelns Werner Dollinger	5
Diakonie – Ausrede und Verpflichtung zugleich Kurt Thürk	7
Partnerschaft – wie wir Sie sehen EAK-Berlin legt Arbeitspapier vor	10
Diskussionen über Glaube und Welt – Kirchentag '73 Christoph Jahn	11
Mäzenas für wen – Kulturpolitik in München Winfried Zehetmeier	13
Die innere Lage der SPD	15
Aus unserer Arbeit	16

punkt und Selbstverpflichtung kann dieses „C“ aber nur erfüllen, wenn es ständig neu aktualisiert wird. Das bedeutet, daß man die dialogische Herausforderung, die es beinhaltet, annimmt und im Dialog mit der Situation und den anstehenden Problemen diese Grundhaltung einsetzt zur Kritik und Überprüfung von Bestehendem und von Entscheidungsmöglichkeiten. So verstanden kann das „C“ die Politik in jene Bewegung bringen, in die die Sendung führt. Aber eben diese Bewegung gab es zu wenig, weil es zu viel Angst vor Unpopularität, zu viel Angst, nicht dabei zu sein, zu wenig Bezeugung dessen, was noch nicht ist, gab. Man verweigerte dem „C“ die Dynamik, die Aktualität, in der es allein seine Kraft erweisen kann. Wenn man von Politik aus christlicher Verantwortung sprach, so verwechselte man leicht kulturelle Ausformungen des Christlichen mit dem, was wesensnotwendig zu christlichem Glauben gehört. Und dazu gehört nun einmal, daß der Glaube ständig neu aktualisiert werden muß, daß er sich jeder Festschreibung widersetzt. Dazu gehört, daß seine unüberholbare Aktualität und Sachlichkeit darin besteht, daß er, weil er eben nur in ständig neuer Aktualisierung ergriffen und gelebt werden kann, situationsgerechtes Verhalten ermöglicht. So gelebt,

ermöglicht der christliche Glaube eine Haltung, die der Zukunft gerecht wird, indem sie uns mitten hinein in die Realität unserer Weltgesellschaft führt, zugleich aber dafür sorgt, daß wir von dieser Realität nicht aufgefressen werden.

Indem man diese Aktualisierung aber unterließ und noch unterläßt und sich statt dessen auf längst vergangene und überholte kulturelle Ausformungen des Christlichen berief und noch beruft, mußte man zunehmend orientierungslos werden, die Fähigkeit zur Bewältigung der Zukunft verlieren und an Vertrauen einbüßen. Die Diskussion lief der Union davon, auch und gerade im Bereich der Kirchen und der Theologie. So beruft man sich nach wie vor gern auf die drei großen Prinzipien Solidarität, Subsidiarität und Personalität, ohne zu registrieren, geschweige denn als Diskussionspartner mitvollziehen zu können, was sich seither in der Soziallehre an Wandlung, neuer Füllung und Konkretisierung dieser Prinzipien getan hat. Oder eine andere Beobachtung: Sucht man im Raum der CDU/CSU nach Persönlichkeiten, die sich an den in Kirchen und Theologie jetzt, hier und heute diskutierten Fragen beteiligen könnten, so wäre diese Suche sicherlich nicht sehr ermutigend. Wer in der Union könnte –

wie es im Raum von Theologie und Kirchen nun schon seit Jahren versucht wird – weiterführende Aussagen machen zu der Frage, wo und wie hier und heute christliche Verantwortung im Umbruch der Welt wahrgenommen werden müßte?

In einer Zeit, in der die Frage „Wie wir morgen leben wollen“ immer unüberhörbarer gestellt wird, kommt es darauf an, zu zeigen, daß das „C“ verstanden wird als dialogische Herausforderung und das meint eben verstanden nicht als feststehender, statischer und darum in der konkreten Situation so wirkungsloser Inhalt, sondern als immer neu zu aktualisierendes Prinzip, das in Bewegung setzt, daß dieses „C“ der Union vom allzu verführerischen Pragmatismus hin zu einer Position verhelfen kann, die Zukunft eröffnet, weil sie Zukunft hat und Vertrauen ermöglicht. Es kommt darauf an, das „C“ immer neu wirksam werden zu lassen. So werden angemessene Antworten auf immer neue Situationen möglich. Wirkliche Aktualisierung des „C“ führt zu einer unüberbietbaren Aktualität und Sachlichkeit und erweist sich so als die Frömmigkeit unserer Zeit, die Zukunft hat, weil sie ihr von Gott verheißen ist. Gott aber ist treu, und was er zusagt, das hält er gewiß.

Dokumentation: SHB - Beileid zu Ulbrichts Tode

Der Bundesvorstand des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) veröffentlichte zum Tode Walter Ulbrichts eine Beileidsbezeugung, die an ideologischer Verbrämung aus der Sicht unseres Demokratieverständnisses nicht zu überbieten ist. Wir bringen im folgenden den Wortlaut, damit unsere Lehrer wissen, was sie vom akademischen Nachwuchs aus dem Bereich des SHB zu halten haben. Der SHB wird übrigens nach wie vor mit Geldern des Bundesjugendplanes – d. h. aus öffentlichen Mitteln – gefördert.

„Mit tiefer Trauer und Anteilnahme hat der SHB die Nachricht vom Ableben des Staatsratsvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Republik, Genosse Walter

Ulbricht, aufgenommen. Mit Walter Ulbricht verlieren alle fortschrittlichen und friedliebenden Menschen einen ihrer hervorragendsten Führer.

Sein Leben war erfüllt vom Kampf für die Interessen der Arbeiterklasse, für Frieden, Demokratie und Sozialismus. Als langjähriger Erster Sekretär des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands hatte Walter Ulbricht entscheidenden Anteil am Aufbau eines Staates auf deutschem Boden, in dem die Arbeiterklasse frei von Ausbeutung und Unterdrückung selbst ihr Schicksal in die Hand genommen hat.

Für den SHB als Organisation sozialdemokratischer Studenten in

der Bundesrepublik Deutschland wird Walter Ulbricht vor allem als ein glühender Verfechter für die Einheit der Arbeiterklasse, für das gemeinsame Handeln aller fortschrittlichen Kräfte, als ein aufrechter Kämpfer gegen die Barbarei des Faschismus und als ein Förderer und Wegbereiter des Friedens in Europa und in der Welt in Erinnerung bleiben.

Die Arbeiterklasse und die Jugend der Welt haben einen ihrer großen Kämpfer verloren. Durch den konsequenten antiimperialistischen Kampf wird der SHB das Andenken des Verstorbenen ehren. Den Angehörigen des Verstorbenen gilt unser tiefes Mitgefühl.“

Kurz notiert

Politischer Druck auf die Kirche in der DDR verstärkt

Der politische Druck auf die evangelische Kirche in der DDR verstärkt sich. Der kommunistische Staat arbeitet konsequent daran, seine Eingriffsmöglichkeiten in die Kirche auszuweiten. Die Behörden pfänden Pfarrern und kirchlichen Mitarbeitern Teile des Gehalts, teils buchen sie es von den Kirchenkassen ab, als Strafe für kirchliche Veranstaltungen, die nicht zuvor durch den Staatsapparat genehmigt waren. Zweck ist offenbar, einen Keil zwischen die Pfarrer zu treiben und zunächst die Ängstlichen dazu zu bringen, dem Staat Sondergenehmigungsrechte und damit Dauermittel zur Unterbindung aller kirchlichen Veranstaltungen in die Hände zu geben, die über den gewohnten Gottesdienst hinausgehen. Vor allem die Freizeiten zur Vorbereitung der Konfirmation sind ein Dorn im Auge des kommunistischen Apparates. Die Kirche hält sie für reguläre und damit genehmigungsfreie Veranstaltungen, die Behörden wollen sie unterbinden. Allein in der sächsischen Landeskirche sind bei 93 Pfarrern, Jugendwarten und anderen Helfern der Kirche jeweils bis zu 150 Mark gepfändet worden. Das ist viel Geld; denn die Pfarrer in der DDR verdienen nur einen Bruchteil des Gehaltes ihrer Kollegen in der Bundesrepublik, nämlich zwischen 500 und 800 Mark.

Claß würdigt Rolle des Pietismus

Die Chance des Pietismus in einer Volkskirche mit Kirchengemeinden, in denen der Mensch „nur selten eine tragende und bergende Gemeinschaft“ findet, liegt nach Ansicht des neuen EKD-Ratsvorsitzenden, Landesbischof D. Helmut Claß (Stuttgart), in der ihm eigenen gemeinschaftsbildenden Kraft. In einem in den Evange-

lischen Kommentaren veröffentlichten Interview äußerte Claß die Erwartung, daß der Pietismus „eine wirksame Rolle“ in der württembergischen Landeskirche und darüber hinaus in der gesamten EKD spiele. „Ich glaube nicht, daß es sich eine Landeskirche leisten kann, sich dem Strom pietistischer Frömmigkeit zu verschließen“, meint der Bischof.

Zugleich betonte Claß jedoch, der Pietismus müsse „in aller Dringlichkeit“ um das theologische Gespräch gebeten werden. Es gebe einige „Anfragen, die er hören sollte, auch um seiner selbst willen“. Die Kernfrage, an der sich gegenwärtig der Konflikt mit dem Pietismus entzünde, sei das Missionsverständnis. Er würde es bedauern, „wenn man nicht in aller Offenheit brüderlich miteinander darüber streiten könnte, wie der – unaufgebbare – Missionsauftrag Jesu heute verwirklicht werden kann“. Dieses Gespräch sei gerade deshalb erforderlich, weil die Mission auf dem Boden des Pietismus gewachsen sei.

Volles Verständnis zeigte Claß dafür, daß sich der Pietismus heute „im defensiven Sinn als Orthodoxie engagiert“. Man dürfe nicht übersehen, „daß von manchen Kanzeln, auch in Württemberg, gewisse Aussagen zu hören waren, die tatsächlich ärgernisierend waren und den Pietisten mit Recht wehgetan haben – mir übrigens auch“. Nicht nur die Aussagen selbst, in denen der „radikale Abbau der Transzendenz“, die „Mißachtung des ‚vere deus‘ in der Person Jesu“ und die „Umkehrung des Evangeliums in ein Gesetz“ zum Ausdruck gekommen seien, hätten verletzt, sondern auch der Ton, in dem sie vorgetragen worden seien.

„Freiheit der Diakonie ohne Beispiel“

„Die Freiheit der Kirche und ihrer Diakonie in der Bundesrepublik in den letzten 25 Jahren, gepaart mit materiellem Wohlstand und eingefügt in einen Rechtsstaat, der seine soziale Verantwortung in steigendem Maß erkannt hat und wahrnimmt, ist ohne Beispiel“, erklärte der Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Theodor Schober, kürzlich vor der kirchlichen Presse in Stuttgart.

Als nicht unerheblich bezeichnete Schober den Anteil der Diakonie an den gesamten sozialen Leistungen im Bundesgebiet und in Westberlin. So stellt die Diakonie u. a. 30,7 Prozent der Plätze in Kindergärten, -horten und -krippen, 23,4 Prozent der Plätze in Altenheimen, 22 Prozent der Plätze in Jugendwohn- und Schülerheimen, 21 Prozent der Plätze in Kinder- und Erziehungsheimen, 15 Prozent der Betten in Krankenhäusern für Psychiatrie und Neurologie und 8,2 Prozent aller Krankenbetten. Die Zahl der hauptamtlichen Mitarbeiter in der Diakonie beträgt über 160 000.

Laut Schober ist der finanzielle Beitrag der Diakonie im Sozialstaat beachtlich. Die Diakonie erspare der öffentlichen Hand jährlich etwa 450 Millionen Mark, die rein aus kirchlichen und diakonischen Zuschüssen kommen.

Mit Sorge wies Schober auf dirigistische Ansätze der öffentlichen Sozialplanung hin, die – nicht zuletzt um der Substanz des freien sozialen Rechtsstaates willen – nicht einfach hingenommen werden könnten. Im Blick auf die Zukunft sagte Schober, die Diakonie werde sich im Kindergarten-, Altenheim- und Krankenhausbereich kaum mehr ausweiten können. Dagegen werde die offene Arbeit in den Gemeinden, in Diakonie- und Sozialstationen, für Behinderte, psychisch Kranke, alte Menschen, Ausländer, Suchtkranke und für verschiedene Randgruppen Schwerpunkt bleiben.

Glaube als Basis unseres Handelns

Werner Dollinger

Dr. Werner Dollinger ist nicht nur stellvertretender Vorsitzender der Christlich Sozialen Union und des Evangelischen Arbeitskreises der Unionsparteien. Als engagierter Christ gehört er auch führenden kirchlichen Gremien an. Seine Tätigkeit im Rahmen der EKD-Synode verdient genauso Beachtung wie sein besonderes Engagement beim diesjährigen Kirchentag in Düsseldorf. Im folgenden Artikel nimmt Dr. Dollinger aus seiner Grundhaltung heraus Stellung zu jenen Problemen, die uns heute und morgen bewegen.

Bei einer Unterhaltung über das Thema des Evangelischen Kirchentages 1973 „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein“ fuhr ein Gesprächspartner nicht mit dem biblischen Text fort, sondern mit „Es muß auch Wurst und Schinken sein“. Ein Spaßvogel, ein Materialist oder ein Ignorant?

Ich unterlasse eine weitere Motivforschung und ziehe lediglich zwei Folgerungen:

Der biblische Text „sondern von einem jeglichen Wort, das durch den Mund Gottes geht“ war wenig bekannt und zwingt zu der Feststellung, daß die Kenntnisse der Heiligen Schrift in unserem Volke immer geringer werden.

Zum zweiten aber gibt die Bemerkung etwas wieder von der Diesseitsorientierung und von den Ansprüchen, die wir heute an das Leben stellen.

Am Ende der Urlaubssaison des Sommers 1973 könnte man die Betrachtungen über Ansprüche, die heute gestellt werden, leicht fortsetzen. Gewiß brauchen wir heute aufgrund unseres Lebensablaufes mehr Erholung. Finden wir diese aber, wenn für viele der Urlaub durch Zurücklegen weiter Strecken zur Strapaze wird und wenn in fremden Ländern sich vieles Interessantes, Neues und oft auch schwer Verständliches darbietet?

Es geht mir hier um die sinnvolle Erholung. Mit diesem Beispiel sind wir aber vielleicht bei jenem Zu-

stand der Unruhe, der Hast und des Fernwehs, der viele befallen hat. Was sind die Ursachen?

Nach einer, geschichtlich gesehen, selten dagewesenen wirtschaftlichen und sozialen Aufwärtsentwicklung, die sich ohne Schwierigkeit praktisch für alle Bevölkerungsschichten beweisen läßt, ist Unzufriedenheit und Unsicherheit aufgekommen, die überrascht und die zum Nachdenken und zur Sorge Anlaß gibt. Materieller Wohlstand und finanzielle Sicherheit gegenüber den Wechselfällen des Lebens haben nur vorübergehend zu einer Befriedigung geführt und heute ist diese vielfach abgelöst von Neid, weil andere mehr haben, von Sorge, weil die Inflation gefährlich fortschreitet, und von der Frage nach dem Sinn des Lebens.

Vielleicht liegt aber hier der Ursprung schon in den Problemen der heutigen Ehe und Familie. Generationsprobleme gab es immer, aber diese sind wohl heute größer, nicht zuletzt, weil häufig Mann und Frau im Arbeitsverhältnis stehen und familiäre Mittelpunkte ebenso fehlen wie ein hinreichender Gedankenaustausch innerhalb der Familie. Die zunehmende Mißachtung der ehelichen Treue und des Gebotes „Du sollst Deinen Vater und Deine Mutter ehren“, stellt nicht nur Ehe und Familie in Frage, sondern wirkt auf die Beteiligten auch bei ihrem Verhalten in anderen Lebensbereichen.

In der Auseinandersetzung um den § 218 StGB trifft sich die Frage „Ist das schon Leben?“ mit dem Verbot des Tötens.

Im beruflichen Bereich haben wir das Leistungsprinzip mit guten Chancen, aber auch mit der Forderung eines starken persönlichen Einsatzes.

Dieses Prinzip wird heute stark angegriffen, was vielen sympathisch ist, was aber auch die Frage aufwirft, welcher Maßstab bei der Bewertung die Leistung ersetzen

soll. Soll es ein Parteibuch oder ein Organisationsausweis sein?

Der Wandel in den Berufen, strukturell oder technisch bedingt, zwingt zur Weiterbildung, eine Aufgabe, die vor allem Älteren oft schwerfällt. Wenn dabei die Selbstständigkeit verlorengeht, ich denke besonders an frühere Bauern, Handwerker und Einzelhändler, entsteht meistens viel Bitternis, die im neuen Beruf, in der Familie und in der politischen Einstellung nachwirkt.

Die politische Entwicklung zeigt in zunehmendem Maße eine Ideologisierung und eine Radikalisierung. Nach dem Gang der Geschichte muß es verwundern, daß der Marxismus neu belebt wird; wissen wir doch, daß Marxismus zum Kommunismus führt und die parlamentarische Demokratie dort keinen Platz hat.

Wir sind auf dem gefährlichen Wege, den Kommunismus zu ver-harmlosen und Recht und Ordnung von Radikalen im Lande in Frage stellen zu lassen. Aktionen kündigen sich an, die zur parlamentarischen Demokratie genausowenig passen wie das imperative Mandat. Ständisches Denken versucht parallel zu den Parteien politisch wirksam zu werden, und unter der Bezeichnung „Bürgerinitiative“ – oft gut gemeint – droht der repräsentativen Demokratie und dem Recht und der Pflicht von Regierung und Verwaltung eine Einflußnahme von außen, die zur Erpressung werden kann.

Die Forderung nach Demokratisierung aller Lebensbereiche halte ich für gefährlich, denn dieses Prinzip kann nicht generell und damit nicht überall sinnvolle Anwendung und Nutzung finden.

Ich denke z. B. an Familie und Schule, an Wirtschaft und Verwaltung, ohne damit vollständig zu sein.

Die totale Demokratisierung führt zum ohnmächtigen Staat, der früher

oder später vom allmächtigen Staat abgelöst werden würde.

Eigentums- und Wirtschaftsordnung und darüber hinaus das Grundgesetz werden als abänderungsnotwendig oder sogar als zu beseitigend angesehen.

Dabei wird neben politischen Vorstellungen gerne der mündige Bürger und sein Recht als Begründung gegeben.

Es ist interessant, daß Verfechter dieser Forderung, der mündige Bürger sollte nicht nur im Staat, sondern auch in den Unternehmen mitbestimmen, bei der Vermögensbildung nicht das individuelle Vermögen für diesen mündigen Bürger wollen, sondern den anonymen Fonds!

Selbstverständlich wollen wir den mündigen Bürger, denn sonst würde die Demokratie zur Farce.

Deshalb brauchen wir auch gute Bildung und Erziehung, wobei ich behaupte, daß junge Menschen

noch nie in unserem Lande so viele Chancen zur Bildung gehabt haben wie heute!

Ich zweifle, ob die Nutzung optimal ist.

Der mündige Bürger darf aber nicht idealisiert und überfordert werden. Es ist unverantwortlich, die Vorstellung zu wecken und zu verbreiten, daß alles machbar wäre. Ich fürchte, wir bauen ein Menschenbild, das nicht stimmt und das bei allen Bemühungen gar nicht zu erreichen ist.

Wir betrügen uns und andere, wenn wir Menschen uns nur als gut, geschickt, fleißig, charaktervoll, hilfsbereit, um nur einige positive Seiten zu nennen, betrachten. Jeder Mensch hat seine Vor- und Nachteile, so wird oft aufgrund von Lebenserfahrungen ausgesagt. Ich möchte es biblisch ausdrücken und das heißt: Wir Menschen sind sündig und nicht vollkommen.

Es gibt unzählige Beispiele dafür, daß es ein Unglück war, wenn sich

dieser gute Mensch zum Maß aller Dinge gemacht hat, dies gilt für einzelne und dies gilt für Völker und Staaten.

Sich vor Utopien zu hüten gilt aber auch in den Fragen internationalen Interesses. Jeder Staat hat seine offenen und geheimen Vorstellungen der internationalen Zusammenarbeit bzw. des Verhältnisses zu anderen Völkern. Expansive und aggressive Methoden zur Erreichung politischer Ziele sollten nicht übersehen werden.

Dies sind einige Probleme, die mich bewegen. Es ist unsere Aufgabe, Lösungen und Antworten zu finden; wir brauchen dabei ein Fundament, auf das wir bauen können. Ich halte es für notwendig, sich wieder auf die göttlichen Gebote zu besinnen und sich zu bemühen, danach zu leben; denn sie geben uns heute und morgen Grundlage und Richtschnur für unser Tun in Familie, Beruf und Politik und Staat.

Aus den Tagungsprogrammen der Akademien

Evangelische Akademie Berlin

1 Berlin 39, Königstraße 64 b

11. bis 13. September 1973

Polen im Schulbuch –
Konsequenzen der Schulbuchkonferenzen (Seminar, besonders für Lehrer)

24. bis 28. September 1973

Gemeindearbeit und Gemeinwesenarbeit (Seminar, besonders für Mitarbeiter der Kirche)

Evangelische Akademie Kurhessen-Waldeck

**352 Hofgeismar,
Schlößchen Schönburg**

14. bis 16. September 1973

Ansätze der Ethik –
Analyse kirchlicher Stellungnahmen

28. bis 30. September 1973

Rechtsanspruch und Rechtspflicht zur Hilfe

– Theologisch juristisches Gespräch –

5. bis 7. Oktober 1973

Schulbuch als Politikum

– Aus der Arbeit der Schulbuchkommission –

Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen

**586 Iserlohn (Westfalen),
Haus Ortlohn, Baarstraße 59–61**

6. bis 7. Oktober 1973

Anfragen der Naturwissenschaften an den christlichen Glauben

13. bis 14. Oktober 1973

Moralität und Legalität

Evangelische Akademie Rheinland-Westfalen

**433 Mülheim (Ruhr),
Uhlenhorstweg 29**

8. bis 9. September

Zufall und Notwendigkeit

Zur Auseinandersetzung über die weltanschaulichen Aspekte der Evolutionstheorie

15. bis 16. September

Arbeitsmoral und Produktqualität

3. Tagung der Reihe „Leistungsgesellschaft in der Krise?“

22. bis 23. September 1973

Moderne Kinderbücher und ihre „Pädagogik“

29. bis 30. September 1973

Lebenshilfe in Zeitschriften (Analysen, Trends, Beurteilungen)

Evangelische Akademie

Schleswig-Holstein

236 Bad Segeberg, Marienstraße 31

10. bis 13. September 1973

1. Tagung für Altenhelfer

– Erfahrungen – Informationen – Impulse –

Evangelische Akademie der Pfalz

672 Speyer, Große Himmelsgasse 6

29. bis 30. September 1973

(Haus Mühlberg)

Beiträge zur kirchlichen

Verfassungsfrage

Evangelische Akademie Tutzing

**8132 Tutzing (Starnberger See),
Schloß**

21. bis 23. September 1973

Theologische Erwachsenenbildung mit Filmen

– Seminar der Arbeitsgemeinschaft Evangelischer Erwachsenenbildung im Haus Petersberg bei Dachau –

28. bis 30. September 1973

Sportpolitik in der Bundesrepublik

28. bis 29. September 1973

Städtische Verkehrsprobleme

Das ausführliche Programm sowie weitere Unterlagen über die Veranstaltungen der Akademien fordern Sie doch bitte direkt bei den Akademien an.

Zur Diskussion gestellt

Diakonie - Ausrede und Verpflichtung zugleich

Kurt Thürk

Über die Problematik der Straffälligen- und Nichtsebhafthilfe berichtet im folgenden Artikel der Vorsitzende der Evangelischen Arbeitsgemeinschaft für Nichtsebhafthilfe im Rheinland beim Diakonischen Werk. Der Verfasser ist Abgeordneter des Deutschen Bundestages sowie Vorsitzender des Evangelischen Arbeitskreises der CDU an der Saar und darüber hinaus in mehreren Bereichen der Sozialarbeit im Saarland führend tätig.

Wie Kurt Thürk der Redaktion der „Evangelischen Verantwortung“ gegenüber erklärte, ist er jederzeit gerne bereit, persönlich Anfragen bezüglich seiner Ausführungen zu beantworten.

„Die Diakonie ist das Feigenblatt der Kirche, um ihre Blöße zu bedecken, sprich: um ihren finanziellen Aufwand zu rechtfertigen.“

So hört man es bisweilen von Spöttern, die sich mit den Problemen befassen, die sich um die Kirchensteuer ranken. Und an dieser Bemerkung ist sicher auch einiges Wahres daran; denn nur noch ein kleiner Teil der Gemeindeglieder ist bereit, als Begründung für die überwiegend in Höhe von 9 bis 10 Prozent der Einkommensteuer geforderte Kirchensteuer die Ausgaben für Gehälter der Pfarrer und der Angehörigen der Kirchenverwaltung, für ökumenische Aufgaben im In- und Ausland, für die Errichtung von Kirchen, Pfarrhäusern und Gemeindezentren wie auch für die Anmietung von Gemeindebüros hinzunehmen. Dagegen sind selbst solche Gemeindeglieder, die nicht zum „harten Kern“ gehören, sondern ein recht loses Verhältnis zu ihrer Kirche besitzen, bereit, die Ausgaben für Kindergärten und Waisenhäuser, Altersheime und Rehabilitationszentren, Resozialisierungsheime und Bahnmissionszentren, um nur einige Beispiele zu nennen, als hinreichende Rechtfertigung der Kirchensteuer zu akzeptieren, selbst wenn sie mangels Transparenz kirchlichen Ausgabegebarens nicht wissen oder wenigstens nachprüfen können, in welchem Verhältnis die Kosten-

größen für diese beiden Aufgabenkomplexe sich gegenüberstehen. Eines jedenfalls darf hier gesagt werden, daß nämlich in Kreisen der Diakonie ständig und offenbar nicht unbegründet beredt Klage über eine ungenügende Mittelausstattung geführt wird, die anderenorts nicht so nachhaltig in Erscheinung tritt. Für die ganz überwiegende Anzahl der Kirchensteuerpflichtigen aber hält der Hinweis auf die Aufgaben der Diakonie zur Rechtfertigung von Art und Höhe der Kirchensteuer vorerst noch als Bastion gegen die heftigen Angriffe derer, die die Steuer durch freiwillige Zahlungen ersetzen wollen.

Wichtige Aufgaben der Straffälligen- und Nichtsebhafthilfe

Zu den Aschenputteln in der Arbeit des Diakonischen Werkes gehören — was die allgemeine Wertschätzung angeht — die Straffälligen- und die Nichtsebhafthilfe. Von ihnen soll hier die Rede sein. Äußerlich ganz verschiedene Personenkreise, haben sie doch bei näherem Hinsehen viel Gemeinsames miteinander. Hierzu gehört in erster Linie, daß selbst Einsichtige die Frage stellen, ob es sich lohne, für diese Menschen mehr Mittel auszugeben, als der Fürsorgeetat für das reine Überleben vorsehe. Zum zweiten leben sie am Rande der Gesellschaft und werden — sobald man ihre Gruppenzugehörigkeit erkannt hat — gemieden. Zum dritten sind sie gefährlich, weil ansteckend, und zwar in der Form der Selbstinfektion, weil sie ohne fremde Hilfe leicht wieder rückfällig werden, und auch in der Form des Bazillenträgers, weil sie Dritte, meist Labile, leicht in ihre Kreise hineinziehen. Selbst derjenige, der sich mit schwerlich zu rechtfertigendem Hochmut oder gar mit Abscheu von diesem Personenkreis abwendet, sollte wenigstens mangels besserer Erkenntnis gel-

ten lassen, daß jeder Bürger jederzeit Opfer einer solchen Infektion oder ihrer Folgen werden kann, wenn der Herd nicht sachgerecht behandelt wird.

Definitionen

Vor weiteren Betrachtungen sollte jedoch eine Definition der angesprochenen Personenkreise stehen, um Gemeinsames und Trennendes besser herausarbeiten zu können; diese Definitionen können nicht erschöpfend sein, sondern beschränken sich darauf, die Schwerpunkte aufzuzeigen. Unter „Straffälligem“ als Ziel kirchlicher und außerkirchlicher Fürsorge, Hilfe und Betreuung wird in der Regel derjenige Inhaftierte in staatlichen Gefängnissen und nach seiner Ent-

Ehrung für Dietzfelbinger

Mit dem Großen Verdienstkreuz mit Stern des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland hat Bundespräsident Heinemann den bayerischen Landesbischof Dietzfelbinger (65) in Anerkennung seiner Verdienste um Kirche, Volk und Staat ausgezeichnet. Die Auszeichnung wurde Dietzfelbinger vom Ministerpräsidenten des Landes Bayern, Dr. Alfons Goppel, überreicht.

Dietzfelbinger, seit 18 Jahren Bischof der bayerischen Landeskirche, war von 1967 bis zum Juni dieses Jahres Ratsvorsitzender der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD).

lassung aus der Haft nebst seiner Familie zu verstehen sein, der nicht nur kurzfristig oder aufgrund eines Fahrlässigkeitsdeliktes (z. B. eines leichteren Verkehrsdeliktes) verurteilt und inhaftiert worden ist, sondern der durch die Tat und ihre Sanktion aus dem Lebenskreis

(Familie, Beruf, Freunde, Kollegen) herausgerissen, in einen Zustand sozialer Gefährdung und Isolation gerät oder zu geraten droht und der aus eigener Kraft die Schwierigkeiten einer Wiedereingliederung in die Gesellschaft wahrscheinlich nicht meistern wird. Als „Nichtseßhafte“ werden in der Regel diejenigen bezeichnet, die aufgrund eines eingewurzelt Hanges oder einer inneren Unruhe und ohne berufliche oder familiäre Notwendigkeit ständig ihren Wohnsitz wechseln, die Annahme eines längerfristigen Arbeitsverhältnisses und damit eines geregelten Lebenswandels scheuen, meist bar jeglicher sozialer Bindungen zum Mitmenschen sind und nicht selten imaginären Traumzielen nachwandern, die sie an Orten zu finden hoffen, an denen sie sich im Augenblick gerade nicht aufhalten.

Resozialisierungsarbeit bringt Erfolge

Der wohl größere Teil der entlassenen Straffälligen (die mehr Betreuung bedürfen als die inhaftierten) kehrt zu seiner Familie und in seinen Lebenskreis zurück und bedarf lediglich der wirtschaftlichen und finanziellen Starthilfe, Unterstützung beim Behördenverkehr und der Arbeitsplatzsuche, um wieder in die Gesellschaft integriert zu werden. Nicht selten muß auch eine neue Bleibe ausgemacht, der Entlassene vor mißgünstigen Nachbarn oder Arbeitskollegen in Schutz genommen und er vor negativen Einflüssen Dritter bewahrt werden, die ihn sogleich nach der Entlassung zu einem neuen Coup überreden wollen. Die hierzu erforderlichen Mittel sind – im Vergleich zu anderen Aufgabenkomplexen – relativ gering, so daß mit etwas mehr Verständnis der geldgebenden Organisationen und Körperschaften ein so wirksames Betreuungsnetz ausgebaut werden könnte, daß kein wil-

liger Gestrauchelter mehr rückfällig zu werden brauchte und bei den Labilen echte Besserungschancen gegeben wären. Ausgenommen von dieser positiven Prognose müssen allerdings die veranlagungsmäßigen Schwermkriminalen bleiben, deren Zahl glücklicherweise nicht so groß ist und deren Resozialisierung – wenn überhaupt Aussicht auf Erfolg besteht – in den Bereich der Psychiatrie und Medizin gehört. Von Ausnahmefällen abgesehen, kann man aber in der Regel davon ausgehen, daß bei den entlassenen Straffälligen größtenteils noch Substanz vorhanden ist, an die eine Resozialisierungsarbeit mit einer gewissen Aussicht auf Erfolg oder doch auf Teilerfolge anknüpfen kann.

Nichtseßhaftenarbeit mit Problemen beladen

Anders der Personenkreis der Nichtseßhaften. Hier finden wir in der Mehrzahl haltlose, hochgradig labile Typen, die oft schon durch ihre äußere Verwahrlosung ins Auge fallen (keine Rasur, alte, schlampige Kleidung, Ungeziefer), jeder Belastung familiärer, arbeits- oder aufenthaltsmäßiger Art geflissentlich aus dem Wege gehen und sich in positiver Hinsicht lediglich durch ihre kernige Gesundheit auszeichnen, mit der sie Regen und Kälte trotzen. Daneben gibt es auch eine Reihe Nichtseßhafter, die sich von der vorgenannten Art durch äußere Akkuratessse angenehm abheben, deren Verwahrlosung mehr innerlich ist. Die Ursache der Nichtseßhaftigkeit ist vielgestaltig: angeborene Faulheit, schlechte Erziehung im Elternhaus, Tragödie in der Familie, Angst und Ausweichen vor Problemen, Versagen am Arbeitsplatz, finanzieller Zusammenbruch, nicht oder schwer erkennbare Krankheiten u. ä. Diesem Personenkreis zu helfen ist sehr viel schwerer. Immer mehr setzt sich die Erkenntnis durch, daß hier häufig Defekte physischer und psychischer Natur vorliegen und diese Menschen in die Hand von Medizinern und Psychiatern gehören. Die Grenze zwischen Faulheit bzw. Laschheit und Defekten verschiedenster Art zu ziehen, ist ungemein schwer, für den medizinischen Laien fast nicht möglich.

Mangels Berechtigung, diese Personen ohne richterliche Einweisung zwangsweise an einem Ort zwecks Behandlung festzuhalten, ihr eigenes beständiges Ausweichen auch vor einer Heilbehandlung, das dauernde Weiterziehen an einen anderen Ort, an dem ein neuer Behandlungsversuch ebenfalls wieder wegen plötzlichen Abgangs abgebrochen werden muß, macht eine zielgerechte Betreuung und Behandlung nachgerade unmöglich und die Arbeit ebenso teuer wie ineffizient. Tatsächlich wird in offenen wie in geschlossenen Betreuungsdiensten im wesentlichen Verpflegung, Kleidung und etwas Geld gegeben, in den Heimen außerdem Unterkunft geboten und in Ergebenheit dem Tag entgegengesehen, an dem durch das plötzliche Verschwinden des Probanden einmal mehr die Hoffnung auf eine Resozialisierung zunichte sein wird. Der einzige Hoffnungsschimmer besteht in der Aussicht, daß die Begehung einer strafbaren Handlung dem Richter unter sehr eingeschränkten Möglichkeiten eine Einweisung in eine Anstalt erlaubt, die wenigstens über einen gewissen Zeitraum Aussicht auf zielbewußte Behandlung erlaubt. Ob dieser zweifelhafte Ausweg die richtige Methode darstellt, muß den Gesetzgeber bei der Novellierung des Bundessozialhilfegesetzes unbedingt beschäftigen.

Möglichkeiten der Hilfe

So unähnlich mithin beide Personenkreise ihrem Typ nach sind, finden wir doch – wie schon oben erwähnt – mindestens im Spannungsfeld zwischen diesen Außenseitern und der Gesellschaft manche Gemeinsamkeiten. Hinzu kommt, daß auch Doppelzugehörigkeit angetroffen wird, nämlich entlassene Straffällige, die aus Familie und Arbeitswelt ausgeschieden sind und umherstreifen, sowie Nichtseßhafte, die – abgesehen von Mord und u. ä. – Delikte begehen. Die Herberge zur Heimat in Saarbrücken hat seit 1968 – soweit erkennbar als erste Institution dieser Art – den Versuch gemacht, beide Personenkreise ohne äußere Unterscheidung zusammen unterzubringen und ihnen eine zwar ihrem

Wesen entsprechend differenzierte, doch wertgleiche Betreuung zukommen zu lassen. In ihrem Wohnheim hat sie aber auch „normale“ Bürger aufgenommen, die keinem der genannten Personenkreise angehören und so zu einer Auflockerung der Gemeinschaft beitragen sowie der Ghettobildung vorbeugen. Es wird dafür gesorgt, daß äußerlich nicht erkennbar ist, welchem Bereich der einzelne angehört. Es spricht für diesen Versuch, daß Hausgäste schon seit Jahren hier wohnen, sich zu Weihnachten frühere Hausgäste zu gemeinsamer Feier hier einfinden und auch andere Institutionen diese Versuche übernommen haben.

Erstaunlicherweise gibt es immer noch – wenn auch nicht genügend – Menschen, die bereit sind, haupt-

beruflich wie auch ehrenamtlich diese schwere Arbeit zu vollbringen. Aber sie werden seltener. Unter der Jugend gibt es leider immer weniger Engagement für unbezahlte und obendrein schwere, oft undankbare Arbeit. Wenn aber Engagement zu verzeichnen ist, ist es meist gepaart mit politischen und sozialen Illusionen, Absurditäten und gesellschaftspolitischen Utopien. Statt Ruhe in einen unruhigen, vom Leben gezeichneten Personenkreis zu bringen, wird mit jugendlichem Enthusiasmus eine Problematik an diese Menschen herangetragen, die sie intellektuell nicht erfassen und emotional ablehnen. So schwungvoll, oft hektisch diese Arbeit von Jugendgruppen begonnen wird, so schnell erlahmt bald die punktuelle und selten breit angelegte Arbeit; sie hinterläßt

dann Trümmer, die die anderen Organisationen erst mühsam wieder kitten müssen. Glücklicherweise gelingt es immer wieder, junge Menschen mit sozialem Engagement für die in den bestehenden Organisationen geleistete Arbeit zu gewinnen, denen sie mit neuen, nicht verstiegenen Ideen andere Wege anbieten, die zu überlegten und durchdachten Experimenten reizen. An die kirchlichen, staatlichen und kommunalen Organisationen, Körperschaften und Stiftungen ebenso wie an sozialengagierte Vereine aber ergeht die Bitte, diese – will man das Wort Nächstenliebe nicht anwenden – für die Gesellschaft so wichtige Sozialarbeit finanziell besser zu unterstützen und ihr im Alltag mehr Verständnis und guten Willen entgegenzubringen.

Noch einige Plätze frei!

Für die Leser der Evangelischen Verantwortung führt das Bonner Reisebüro ALR erneut in der Zeit vom 20. Oktober bis 3. November 1973 eine Israelreise durch. Ein ausführlicher Prospekt lag der EV 8/73 bei. Die erste Israelreise zu Beginn dieses Jahres hatte ein überaus starkes, positives Echo gefunden. Telefonische oder schriftliche Auskunft erteilt Ihnen die EAK-Bundesgeschäftsstelle, 53 Bonn, Kaiserstraße 22, Ruf (0 22 21) 63 78 11.

Leserbrief

**„Anlässlich des Kirchentages“
Umbruch der Zeiten –
Altes, Gewohntes, Bewährtes,
Tradition ist uns Sicherheit –
Bedürfnis.**

Neue Formen, ob im profanen oder sakralen Raum, entstehen naturnotwendig und sind legitim.

Wenn Professor Moltmann die Jetzt-Generation als die ersten Freigelassenen der Schöpfung nennt, so ist das mehr als nur eine Meinung. Wir sind alle und immer Kinder unserer Zeit, sind beeinflusst vom gesellschaftlichen Denken, sind vom Zeitgeist geprägt und sind einer dauernden Evolution unterworfen. Das kritische Fragen, ob das Verhalten der Menschen rechters ist, darf nicht verstummen. Es können auch nie Schablonen oder Ideologien mit alleiniger Gültigkeit aufgestellt werden. Es ist eine zu bejahende Sache, daß ALLES im Umbruch sich befindet. Wir können nicht die Lebensformen früherer

Zeiten ins Heute zitieren. Wir können nicht dauernd von der guten alten Zeit, von der Behaglichkeit und Sicherheit träumen, denn die gute alte Zeit war ja fundiert mit Ständedenken und Privilegien und Untertanenstrukturen, die heute einfach unmöglich anmuten. Im Geistesraum werden dauernd Winde und Stürme entstehen wie auch im Ablauf der Natur. Und das muß ausgetragen werden. Auch im Wirtschaftsablauf eines Industrielandes können zwar altbewährte Prinzipien als Grundbasis fundamental gepflegt werden, aber die eminente Entwicklung neuer Materien – neuer Fertigungen – neuer Absatzmärkte – neuer Strukturen – verlangen eine elastische Handhabung und eine von allen Beteiligten in immer neuen Dialogen zu erarbeitende Anpassung an neue Gegebenheiten. Wir können uns es nicht mehr gestatten, daß Interessenskreise autonom einen eigenen Kurs steuern. Heute heißt es: nicht gegeneinander – sondern miteinander!

Wir sehen es an Staaten wie Italien, England, Frankreich, Japan

und auch Deutschland, daß eine Uneinigkeit und egozentrische Grundhaltung negative Folgen haben kann. Die viel zitierte Mitbestimmung entspringt ja der so unlogischen Abgrenzung von Interessenverbänden: hier Arbeitgeber – hier Arbeitnehmer. Wir müssen aus diesem zu kurzen Denken herausfinden. Eine neue Aufwertung in sachlicher Form, eine neue Verständnisbereitschaft für die Welt des anderen muß entgiftend praktiziert werden. Dazu brauchen wir verantwortungsfrohe Leute in den Leitungen der Betriebe und in den Leitungen der Arbeitgebervertretungen. Es ist erfreulich, daß langsam ein Eingehen auf die Gesamtsituation bei den Führenden wächst. Wir haben weltweit genügend Persönlichkeiten, die uns als ideelles Vorbild dienen können. Arbeiten wir darauf hin, den anderen in seinen Werten zu achten, dann haben wir auch die Achtung des oft nur ideell aufgebauten sogenannten Gegners.

Herrmann Bollig
7501 Karlsbad-Auerbach
Ahornweg 18

Partnerschaft - wie wir sie sehen

Ein interessanter Beitrag zu drängenden Fragen, die sich aus der Anwesenheit von ausländischen Arbeitnehmern in unserem Land ergeben. Mitglieder des Evangelischen Arbeitskreises der CDU Berlin haben diese Stellungnahme erarbeitet. Wir stellen sie zur Diskussion und sind für weitere Anregungen zu diesem Problemkreis dankbar.

Partnerschaft, wie wir sie sehen, bezieht sich nicht nur auf das Verhältnis der Deutschen zu den Problemen fremder Völker in Übersee. Partnerschaft, wie wir sie sehen, muß sich auch unmittelbar vor der eigenen Haustüre zeigen.

Meist wird, wenn man über partnerschaftliche Beziehungen oder über Maßnahmen der Entwicklungshilfe spricht, nur von Aktivitäten in fernen Ländern geredet. Dort will man ändern. Dort will man helfen.

Die Bewährungsprobe für unsere Gesellschaft, für eine Partnerschaft, wie wir sie sehen, findet aber unmittelbar bei uns zu Hause in der Bundesrepublik Deutschland statt. Die Bewährung haben wir bisher nicht bestanden. Wir betrachten unsere Gäste aus Asien, Afrika, Lateinamerika und Europa meist nur als Außenseiter unserer Gesellschaft. Wir nehmen sie weder am Arbeitsplatz, noch in der Ausbildung, noch in unserem allgemeinen gesellschaftlichen Leben ernst.

Die Bundesregierung wird deshalb aufgefordert, einen Kabinettsbeschuß über ein Programm herbeizuführen, das die unmittelbar mit unserer Gesellschaft in der Bundesrepublik Deutschland verbundenen Ausländerfragen anspricht und Lösungsmöglichkeiten aufzeigt. Folgende Problemkreise sind dabei zu berücksichtigen:

a) Das Verhältnis gesellschaftlicher Einrichtungen, wie Kirchen, Parteien, Gewerkschaften, Wirtschaft, Verbände usw. zu den Ausländern, die unter uns in der Bundesrepublik Deutschland leben.

b) Praktikanten, Fach- und Führungskräfte, insbesondere aus Entwicklungsländern, die zur Aus- und Fortbildung in der Bundesrepublik Deutschland weilen.

c) Ausländische Studenten, die an deutschen Fach- und Hochschulen studieren.

d) Ausländische Arbeitnehmer (einschl. Ärzten, Krankenschwe-

stern usw.), die für längere Zeit oder für immer in den Arbeitsprozeß in der Bundesrepublik Deutschland eingegliedert sind.

e) Darüber hinaus wäre auch festzustellen, wie unsere Gesellschaft auf den weltpolitischen Strukturwandel vorbereitet werden kann.

Dieser Problemkreis, der nicht nur die Unterstützung der Bundesregierung, der Länderregierungen und der Gemeinden haben sollte, der getragen sein müßte von allen politischen Parteien, von der Kirche, der Wirtschaft, der Gewerkschaft und anderen wichtigen Institutionen, sollte eine hohe Priorität im nächsten Jahrzehnt im Rahmen der Staatsaufgaben erhalten; zumal Fachleute voraussagen, daß im Jahre 1985 etwa sechs Millionen ausländische Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland arbeiten werden.

Wir fordern deshalb unter dem Thema „Partnerschaft – wie wir sie sehen“ die staatlichen Stellen und die gesellschaftlichen Kräfte auf, sich wesentlich intensiver als bisher Gedanken über die Ausländer, die unter uns weilen, zu machen und diese Gedanken in einem möglichst geschlossenen Programm zu formulieren.

Den einzelnen Punkten seien noch folgende Bemerkungen angefügt: Wir sind der Meinung, daß Ausländer, die bei uns arbeiten oder die für längere Zeit im Rahmen der Ausbildung bei uns weilen, stärker an unserem gesellschaftlichen und politischen Leben beteiligt werden sollten.

Die ausländischen Praktikanten, Fach- und Führungskräfte stehen oft Ausbildern und Lehrern gegenüber, die vom Problem der Gäste zu wenig Kenntnis haben und deshalb zu wenig Rücksicht nehmen. Deshalb ist es notwendig, durch Fortbildungsmaßnahmen für die

deutschen Ausbilder und Lehrer eine bessere Einstellung zu erreichen.

Im Bereich der ausländischen Arbeitnehmer ist „Entwicklungshilfe“ besonders vonnöten. Ein Bildungswerk, dessen Finanzierung mit Hilfe der Steuern der ca. 2,5 Mio. ausländischer Arbeitnehmer gesichert werden sollte, hätte die vielfältigen, aber heute noch zersplitterten Eingliederungsmaßnahmen zu koordinieren und zu unterstützen.

Die Aufgaben des Bildungswerkes sollten insbesondere sein:

a) Förderung und Durchführung der beruflichen Aus- und Fortbildung ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen.

b) Durchführung besonderer Bildungsmaßnahmen für Erwachsene und Kinder als Eingliederungshilfen.

c) Durchführung von Maßnahmen der Wiedereingliederung in den Arbeitsprozeß des Heimatlandes.

d) Vorbereitung und Betreuung von in- und ausländischen Lehrern, Tutoren und Sozialarbeitern, die im Bereich der ausländischen Arbeitnehmer mit Bildungs- und Sozialaufgaben betraut sind.

e) Erarbeitung von Methoden und Modellen im Bereich der interkulturellen Erwachsenenbildung. Durchführung und Vergabe von wissenschaftlichen Untersuchungen über Bildungs- und Sozialfragen im Bereich der ausländischen Arbeitnehmer.

In den nächsten Jahrzehnten stehen wir vor gewaltigen weltweiten Strukturproblemen. Unsere deutsche Gesellschaft ist auf den weltweiten Strukturwandel, der auch sie betrifft, zu wenig vorbereitet. Es gilt, die Rolle unserer Gesellschaft in diesem Wandlungsprozeß aufzuzeigen.

Die Öffentlichkeitsarbeit des Staates und gesellschaftlicher Gruppen bedient sich im gesellschaftspolitischen Bereich zu einseitig jener Kreise, denen sie oft irrtümlich eine gesellschafts- und systemändernde Funktion zusprechen. Diese Politik birgt die Gefahr in sich, daß diejenigen Schichten, die vor allem unsere Gesellschaft tragen, sich dann eher ablehnend als zustimmend notwendigen Strukturänderungen gegenüber verhalten.

Kirchentag '73

Diskussion über „Glaube“ und „Welt“

Christoph Jahn

In der August-Ausgabe der EV berichteten wir bereits über den diesjährigen Deutschen Evangelischen Kirchentag in Düsseldorf. Zwischenzeitlich verfaßte einer der Leiter der Arbeitsgruppe „Mission und Entwicklung“ auf dem Kirchentag, Pfarrer Christoph Jahn aus Erlangen, einen Bericht, dessen Aussage einen Abriß sowohl über den „Kirchentag für die Theologie und den Glauben“ als auch über den „für die Welt“ gibt.

Wort und Sakrament im Mittelpunkt des Kirchentages, das wurde schon deutlich, wenn sich zu einzelnen Bibelarbeiten bis zu 3000 Menschen drängten. Das wurde deutlich, wenn der weitaus größte Andrang auch unter den Arbeitsgruppen bei der AG I verzeichnet wurde, die unter dem Thema „Glauben“ stand. Das wurde deutlich, wenn eine weitere Attraktion des Kirchentages die Arbeitsgruppe Gottesdienst war, die allabendlich versuchte, Gottesdienste mit neuen Formen zu gestalten, mit neuer Musik, mit festliegenden Themen, mit vielen Beteiligten – von denen manche sicher an dem landesüblichen Gottesdienst nicht mehr viel Gefallen fanden.

Auf dem „theologischen“ Kirchentag gab es dann auch die spannenden Begegnungen: nach der Bibelarbeit von Heinz Zahrnt über Luk. 15 – Heimkehr des verlorenen Sohnes und Abkehr des daheimgebliebenen Sohnes von der Versöhnung – sprachen vor fast 5000 Hörern über das Thema: Wo gehen wir hin? zwei der prominentesten und wortgewandtesten Theologen: Frau Prof. Dorothee Sölle und Prof. Dr. Helmut Thielicke. Immerhin war es die wegen ihrer modernen Theologie viel kritisierte Frau Sölle, die in Weiterführung des Kirchentagsthemas sagen konnte: Der Mensch lebt nicht vom Brot allein – er stirbt am Brot allein! Weil er für das Brot allein lebt! Und es war ein tschechischer Professor, der ein Plädoyer

EAK-Vertreter beim Düsseldorfer Kirchentag

Zwischenzeitlich erhielt die Redaktion der „Evangelischen Verantwortung“ von mehreren Lesern Anfragen, in denen insbesondere nach dem Engagement von Vertretern aus dem Bereich der CDU/CSU auf dem Düsseldorfer Kirchentag gefragt wurde.

In die Leitungen der Arbeitsgruppen waren u. a. gewählt worden:

Arbeitsgruppe 2

„Privater Wohlstand – öffentliche Verarmung“:

Dr. Werner Dollinger, MdB
Neustadt (Aisch)
Stellvertretender Bundesvorsitzender des EAK der CDU/CSU
Friedhelm Dahlmann
Düsseldorf
Vorstandsmitglied des EAK Düsseldorf

Arbeitsgruppe 3

„Leben ist anders“:

Dr. Hans-Ulrich Klose, MdL
Korschenbroich
Vorsitzender des EAK der CDU-Rheinland

Arbeitsgruppe 6

„Keine Einbahnstraßen – Mission und Entwicklung“:

Dr. Peter Egen, Tönisheide
Stellvertretender Vorsitzender des EAK der CDU-Rheinland

Besonders hervorzuheben ist auch nochmals der Vortrag von Heinrich Köppler in der Arbeitsgruppe „Keine Einbahnstraßen – Mission und Entwicklung“.

Darüber hinaus nahmen viele Mitglieder des EAK – insbesondere aus dem rheinisch-westfälischen Bereich – an den zahlreichen Einzelveranstaltungen des Kirchentages teil.

für die zehn Gebote hielt als die Lebensregeln auch einer zukünftigen Gemeinde, als das Angebot einer lebensschaffenden Befreiung.

Der „theologische“ Kirchentag brachte dann schließlich durch seine Arbeitsgruppe Gottesdienst noch etwas zuwege, was die Diskussion der Arbeitsgruppe „Der Einzelne“ kaum geschafft hatte: Aus vielen Einzelnen, nach Schätzungen der Polizei waren es 5000, wurde in einer liturgischen Nacht eine große, festliche, feiernde Gemeinde, die sang, die betete, die meditierte, die aß und trank und wieder sang und betete, und dies nicht nur in einer Sprache. Irgendwie war in dieser Halle mehr Pfingsten als in vielen unserer guten und allsonntäglichen Gottesdienste, weil hier an die Stelle von nur Reden das gemeinsame Erleben, eben das „Miteinander“ im Feiern trat.

Übrigens: Zum Kulturprogramm gehörten auch Haydns „Schöpfung“, ein moderner Pilatusfilm und das Drama „Mord im Dom“ von Elliot – auch hier war das Angebot vielfältig, und vielseitig der Versuch, die Botschaft des Wortes in Musik, Spiel und Film zu übersetzen unter Zuhilfenahme der verschiedensten Formen.

Der Kirchentag für die Welt

Der Düsseldorfer Kirchentag kannte nicht nur die großen Zahlen. Er praktizierte vielfältig das Gespräch in kleinsten Gruppen. Denn kann man überhaupt unter Tausenden miteinander reden? Gehören zum Gespräch nicht einige wenige, die sich austauschen? Deshalb wurde in verschiedenen Hallen das Zusammensein der Hunderte immer wieder unterbrochen durch Gruppengespräche, durch Besuche an einzelnen Stellen einer „Ladenstraße“, in der es Informationen und

Unterhaltungen gab. Deshalb hatte beispielsweise die Arbeitsgruppe 6, zu deren Leitung ich gehörte, an einem Vormittag sich in sechs Untergruppen aufgeteilt, wo zwischen 50 und 250 Menschen an einzelnen Fällen, an einzelnen Ländern entfaltet, was das bedeutet: Die ganze Kirche schuldet das ganze Evangelium dem ganzen Menschen in einer geteilten Welt. Und aus einer dieser Gruppen kam dann eine Resolution, die darauf drängte, das „Ganze“ des Menschseins in der Kirche stärker zu betonen, nicht nur zu reden, nicht nur auf den Verstand des Menschen hin zu lehren, sondern dem ganzen Menschen mit Wort und Brot zu helfen. Denn Gott liebt die Welt und will ihr Heil.

Immer wieder wurde das Wort der Bibel angewandt auf das Leben in dieser Welt. Zwei Arbeitsgruppen hatten es besonders mit politischen und gesellschaftlichen Fragen zu tun. In der Gruppe „Mission und Entwicklung“ nahm zeitweise die Diskussion von politisch-sozialen Fragen so überhand, daß ein paar bayerische Teilnehmer ein weit sichtbares Plakat dem Podium gegenüber aufhängten: Thema verfehlt! Man kann sich darüber streiten, wie weit oder wie eng ein Thema auszulegen ist. Am letzten Tag wurde auch in unserer Arbeitsgruppe deutlich, daß unter die weltumfassende Liebe Gottes auch vieles fällt, was obenhin nach Politik aussieht – ähnlich war es in der anderen Arbeitsgruppe, die sich mit „privatem Wohlstand – öffentlicher Verarmung“ beschäftigte.

Es war ein Äthiopier, der schwarze Pastor Hirpo Tasgara, der sich gegen das Auseinanderreißen von „Wort“ und „Brot“, von „Heil“ und „Wohl“, von Mensch und Welt wandte. Sein Referat ganz am Anfang nach Präsident Dr. Schobers

Bilanz unserer Hilfe in Wort und Brot war ein Appell an die Christenheit Europas, auch weiterhin und in Zukunft mehr als in den letzten Jahren neben der Entwicklungshilfe auch geistige und geistliche Hilfe, also Mission, zu geben. Echte Partnerschaft, so sagte Pastor Tasgara in fließendem Deutsch, ist die Basis für Zusammenleben und Zusammenarbeit der Kirchen; und unter diesem Thema wollte er auch die Unterscheidung zwischen „Gebenden“ und „Nehmenden“ abgebaut wissen. Immer wieder waren es ausländische Christen, die uns zeigten, daß wir gar nicht allein die Gebenden sind; die bayerische Landjugend berichtete davon, wie auf ihre praktische Hilfe für Neuguinea und Tansania mit Pflügen und Fahrrädern geantwortet wurde mit neuen Gebeten, Liedern und Meditationen von papuanischen und afrikanischen Christen. Längst ist der Einbahnverkehr zu Ende; wir haben von den Christen anderer Länder, Kontinente, Konfessionen und Traditionen viel zu lernen.

Natürlich sind wir dann wieder in das typisch deutsche Extrem verfallen, vor dem uns der argentinische Rechtsanwalt Dr. Niilus gewarnt hatte: mit zwei Dutzend Resolutionen versuchte die Arbeitsgruppe, die Probleme vieler Menschen und Gruppen einer Lösung näher zu bringen – darunter waren sehr vernünftige Dinge: Daß wir die ausländischen Arbeitnehmer unter uns als Menschen, als Kinder Gottes ernst nehmen und aufnehmen und ihnen in der Fremde ein Stück Heimat bereiten, das scheint eine wichtige Entschließung für eine Gruppe Mission, die daran denkt, das Evangelium in fremden Ländern zu verkünden – warum nicht schon bei uns, und warum nicht hier zuerst dadurch, daß wir es leben?

Über die fremden „Nächsten“ dürfen wir die Welt nicht vergessen – die Welt, in der gerade wieder Millionen von Menschen in West- und Zentralafrika von einer großen Trockenheit betroffen sind – auch hier haben wir zu helfen, so wie der Kirchentag durch seine Schlußkollekte – immerhin mehr als 53 000 DM – den Menschen im Südsudan helfen will, die, zum großen Teil Christen, dabei sind, ihr durch einen langen Bürgerkrieg verwüstetes Land wieder aufzubauen, ein Krieg, dem vor allem der Ökumenische Rat der Kirchen durch seine Interventionen bei den Kriegführenden zu einem Ende verholfen hat.

Resolutionen und Podiumsdiskussionen sind sicher nicht der Weisheit letzter Schluß; es ist viel Papier ausgeteilt – und rasch wieder in Mülltonnen eingesammelt worden in Düsseldorf. Aber es gab eine Fülle von Denkanstößen, von Anfragen, wie die Christen in Deutschland das Evangelium in ihren Alltag übersetzen, wie sie es lernen, Partnerschaft mit anderen zu praktizieren – in der kleinen Ökumene des Religionsunterrichtes unserer Schulen wie in der großen Zusammenarbeit mit anderen Organisationen, Konfessionen und sogar Religionen in den Slums von Kalkutta.

Nicht vom Brot allein lebt der Mensch. Im Schlußgottesdienst – keine Schlußkundgebung, sondern wieder ein Gottesdienst! – wurde dies noch einmal entfaltet, biblisch und theologisch ebenso wie praktisch durch die Berichte aus den Arbeitsgruppen. Und mit Posaunen und Combo-Begleitung wurde es gesungen: Nicht vom Brot allein können wir leben... Geheiligt werde Dein Name.

Für unsere Münchener Gäste

Sie sind Teilnehmer an unserer diesjährigen EAK-Bundestagung in München und gehören vielleicht noch nicht zum festen Leserkreis der Evangelischen Verantwortung. Sie möchten jedoch die Publikation des Evangelischen Arbeitskreises der CDU/CSU in Zukunft gerne regelmäßig beziehen. Dann sollten Sie uns formlos eine Postkarte schreiben, damit Sie – bis auf weiteres kostenlos – die Evangelische Verantwortung erhalten.

Redaktion Evangelische Verantwortung, 53 Bonn, Kaiserstraße 22,
Ruf (0 22 21) 63 78 11

Mäzenas - für wen?

Überlegungen zur Kulturpolitik der Stadt München

Zehetmeier

Sitzende der Stadtratsfraktion
In München geht in dem folgenden Beitrag der Frage nach, inwiefern Ideologen die Kultur als des politischen Kampfes gilt. Wichtig weist der Verfasser auf die hin, mit denen versucht wird, Diskussion- und Aktionsräumen verändernde Strategien zu entwickeln, um so ein neues — sprich — Bewußtsein bei der Bevölkerung zu erzeugen.

Die wahre städtische Kultur ist nicht der Zuschußbetrieb wie aller-

Es ist nicht irre, ist der Unter-
schnitt 363 (Oktoberfest) im Ein-
schnitt 3 (Kultur) des Münchner
Haushalts der einzige, bei dem
Reineinnahmen und Reinaus-
gaben decken. Und zudem ist hier
einmal das Kulturreferat der
Stadt München anordnungsbefugt.
Es decken auch nicht die jährlichen
Einnahmen aus den Opferstöcken der
Kirchen, die der Stadt gehören;
über die verfügt das Schul-
Kulturreferat, auch wenn sie im
Haushalt veranschlagt sind.

Mäzenas im Bettlergewand

Der Kulturreferent der Stadt Mün-
chen ist ein Mäzenas im Bettler-
gewand. Er hat größte Mühe, Jahr
für Jahr die Millionen zusammenzu-
bringen, damit Münchens Ruf, ein
wichtiger Mittelpunkt der Bundes-
republik zu sein, nicht völlig ver-
loren geht. Und Kunst — oder wie man
es heute nennen mag — ohne Geld
ist undenkbar. Selbst der links-
orientierte Kunstverein greift,
um revolutionäre Hetzausstellungen
durchzuführen zu können, un-
terstützt nach den Steuergroschen
der verrotteten kapitalistischen
Gesellschaft. Selbstverständlich mit
Zustimmung des Kulturreferenten

Dr. Hohenemser, der dem linken
Flügel seiner Fraktion zuzurechnen
ist und dessen als Toleranz getarnte
progressivistische Anwendung nur
durch die Scheu vor dem im Grunde
konservativen Münchner Publikum
gebremst wird und durch die Angst,
man könnte vor leeren Häusern
spielen.

Daß unter diesen Umständen
große Begeisterung für seine Politik
bei der CSU herrscht, kann man
nicht erwarten. Aber auch die Mehr-
heit der SPD-Fraktion läßt den Ein-
satz vermissen, wenn es um Auf-
stockungen im Kulturretat geht. Auch
sie zeigt sich nach wie vor gescho-
ckert von Jahrhundertereignissen
wie Wolf Biermanns großer Dra-
chenfötterschau „Der Dra-Dra“, die
auch Anregungen zum Köpfen des
seinerzeitigen Oberbürgermeisters
Vogel vermitteln wollte, und dem
Experiment der Kunstzone, bei dem
neben viel Gutgemeintem und man-
chem Guten auch menschliche Ex-
perimente im Marmeladenglas als
Kunstobjekte zum Kauf angeboten
worden waren. Klare Worte des
Kulturreferenten zu solchen Vorfäl-
len stehen bis heute, drei Jahre
danach, aus. Und wenn sie kämen,
könnte man sicher von „Mißver-
ständnissen“ hören. Der Tor bläst
ein, der Weise spricht, heißt es im
Faust.

Kümmertlicher Kulturretat

So bleibt der städtische Kultur-
haushalt, um noch einmal vom Geld
zu reden, ziemlich kümmerlich auf
Gesamtausgaben von 51,5 Millionen
im Jahr 1973 beschränkt. 45,3 Mil-
lionen davon sind Zuschüsse aus
dem allgemeinen städtischen
Finanztopf. Die größten Brocken
schlucken natürlich die großen, fest
etablierten Institutionen, voran die
Münchner Kammerspiele mit 8,6

Millionen, dicht gefolgt von den
Stadtbüchereien mit 8 Millionen
und den Münchner Philharmonikern
mit 6 Millionen. Für den Unterhalt
des Stadtmuseums, das mit seinen
oft wechselnden, reizvollen Ausstel-
lungen überdurchschnittlich viele
Besucher anlockt, sind 3,7 Millionen
vorgesehen, für die Städtische
Galerie im Lenbachhaus 1,25 Mil-
lionen, für die Volkshochschule, die
in München dem Bereich Kultur zu-
geordnet ist, 2,4 Millionen Mark.
Dies sind sicher keine kleinen Sum-
men, doch ist der Positionswert des
Kulturretats zum ordentlichen Ge-
samthaushalt der Stadt außer-
ordentlich gering: 51,5 Millionen zu
2,3 Milliarden.

In Wirklichkeit sieht es natürlich
um die öffentlich geförderte Kultur
in München besser aus, als dies
auf den ersten Blick zu sein scheint;
denn die Staatsregierung unterhält
in ihrer Landeshauptstadt neben
den großen Museen und Sammlun-
gen das Residenztheater, die Oper
mit zwei Häusern: dem National-
theater und dem Cuvilliestheater,
und das Gärtnerplatztheater. Zur
Oper schießt die Stadt dem Staat
allerdings jährlich 5 Millionen zu.
Erwähnenswert ist, daß München
allein über drei große Orchester
unter Leitern von europäischem
Rang verfügt: die Philharmoniker
unter Rudolf Kempe, das Rundfunk-
symphonieorchester unter Rafael
Kubelik und das Staatsorchester
unter Wolfgang Sawallisch.

Kultur oder Bildung

So gesehen scheint die Welt in
München in Ordnung. Die Besucher-
zahl der Theater und Konzerte,
vor allem auch die Zahl der Abon-
nenten bleibt konstant, mit leichten
Wachstumstendenzen. Die Abonne-
mentswünsche für die Münchner

Philharmoniker können nicht befriedigt werden, obwohl die Konzerte jeweils zweimal gegeben werden. Die Münchner Theatergemeinde mit ihren 40 000 Teilnehmern sorgt für volle Häuser. Der Spielplan des neuen Intendanten der Kammer-spiele, Hans Reinhard Müller, verspricht interessantes und gutes Theater. Dennoch brodeln es stets im Kulturausschuß, wenn Schwerpunkte gesetzt werden sollen. Die SPD-Linke sieht Theater und Konzerte als Exempel bürgerlicher Konsumkultur und versucht den Konflikt auf die knappe und kurzsichtige Formel zu bringen: Konzertsaal oder Volksbildungshaus. So kommt es, daß auch heute noch der Kampf um das geplante große Kulturzentrum am Gasteig oberhalb des Deutschen Museums tobt. Die städtische Planung sieht dort neben einem Konzertsaal Räume für die Volkshochschule, die Städtischen Bibliotheken, das Richard-Strauss-Konservatorium und die Verwaltung des Kulturreferats vor. Die SPD-Linke mobilisierte ihre Truppen aus der ganzen Stadt, um in einer Bürger-versammlung die Erstellung des Kulturbauprojekts zu verhindern. Die CSU ihrerseits erreichte es, daß durch eine großangelegte Aufklärungsaktion in der entscheidenden Bürgerversammlung trotz aller Tricks der Linken sich eine Mehrheit für das geplante Projekt fand.

Und das in einem Stadtteil, der seit jeher als rote Hochburg gilt. Die Linke hatte mit den Argumenten gekämpft, ein so großer Kulturbau werte das traditionelle Arbeiter-viertel Haidhausen so stark auf, daß die Grundstückspreise und damit die Wohnungsmieten stiegen. Es sei daher sinnvoller, ein Betreuungszentrum für Alte, Gastarbeiter und Jugendliche zu schaffen. Und da die Klassenkämpfer nicht gut gegen die vorgesehenen Volksbildungseinrichtungen vorgehen konnten, wandte sich ihre Propaganda gegen Konzertsaal und Konservatorium. Wohl deshalb, weil Musik eher konfliktlösend und insofern zu wenig politisch relevant ist.

Diskussions- und Aktionskultur

Dies ist überhaupt die Tendenz linker Kulturpolitik auch in München: Diskussions- und Aktionsräume, Kunstzonen und Spielstraßen. Nicht etwa in erster Linie deshalb, weil dort der Bürger ungewollt mit Kunst konfrontiert und für sie interessiert würde, sondern aus einem anderen Grund: Dort finden die outdogs der Kultur ihre Podien und Foren, die lämmerschlachtenen Neu-Dionysier, die Phallus-Symboliker, die Gesellschaftsveränderer der Straßentheater. Das Modische kann sich hier ungefiltert austoben, um neues Bewußtsein zu bilden. Derartige Versuche sollen auch in einem leerstehenden Straßenbahndepot unternommen werden, das in ein „sozial-kulturelles Zentrum“ umgebaut werden soll. Zwei anscheinend sonst beschäftigungslose Mitarbeiter eines leider auch von anerkannten Wohltätigkeitsorganisationen mitgetragenen „Vereins für Gemeinwesenarbeit“ haben für 7000 Mark ein unausgegrenztes, in der Richtung aber völlig eindeutiges Konzept erarbeitet. Eine Kostprobe daraus: „Während bisher die ... Ziele durch sprachliche Vermittlung der Ergebnisse von Analysen und Erfahrungen verfolgt wurden, sollen jetzt Lernprozesse unter Einschaltung „erlebnisintensiver“ Methoden wie z. B. Mitspieltheater, Visualisierung durch Eigenproduktion in verschiedenen Medien usw. eingeleitet werden. Formen dieser Vermittlung sind im Bereich der Kultur (Kunst) vorgeformt und müssen kritisch auf die Problemstellungen übertragen werden. Dadurch werden die Artikulationsmöglichkeiten für die betroffenen Bürger in einen Bereich hin (sic!) erweitert, der von seiner Struktur her schon Aktivität erfordert und ein passives Verhalten weitgehend ausschließt. Die in der Methode liegende Aktivierung läßt sich leichter auf eine interessenorientierte politische Aktivität übertragen als das bei den gängigen

Formen sprachlicher Vermittlung (Diskussion o. ä.) möglich ist.“

Kultur als Vehikel des politischen Kampfes! Der Täter als der wahre Mensch! Das Faustische feiert hier fröhliche Urständ, und durch die Soziologenhintertür zieht das angeblich so deutsche Tatprinzip ein.

Mehr Ruhe und Besinnung scheinen nötig. Und wenn man die abendländische Individualkultur auf Dauer gegen einen oft blinden totalitären Aktionismus schützen will, dann genügt es nicht, daß sich Menschen in gruppenspezifischen Trainingslehrgängen selbst kennenlernen, sondern sie müssen ebenso Ruhe zum Aufnehmen, zur Besinnung, zur Meditation finden. Unsere dabei behilflichen Formen künstlerischen Schaffens und Vermitteln brauchen Möglichkeiten der Existenz und der Entfaltung. In dieser Richtung zu wirken, ist eine wichtige kulturelle Aufgabe, der sich die CDU/CSU nicht entziehen kann.

Die innere Lage der SPD

Einem bekannten und seriösen Informationsdienst* entnehmen wir folgenden Hintergrundbericht, den wir den Lesern der „Evangelischen Verantwortung“ nicht vorenthalten wollen. Die hier erfolgte Darstellung der Situation stimmt übrigens voll überein mit den vielen Schilderungen, die uns aus unserem Leserkreis erreichen. Für die SPD wird es daher nur noch eine Lösung geben: Den Schritt der Trennung von Volksfrontpolitikern. In verschiedenen Großstädten ist dieser Schritt bereits längst überfällig. Aber man zaudert noch, da der Mut zur Verantwortung fehlt.

„Einen Orden für Karl Wienand!“ – forderte öffentlich der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten, Wolfgang Roth. Und der Vorsitzende der Jungdemokraten, Neuhöffer, ergänzte: „Verdient hat er den Orden, weil er die Regierung Brandt gerettet hat“ ...

„Literarischen“ Beistand leistet Gerhard Zwergen (einer der lautstärksten Wahlhelfer Willy Brandts): „Ich würde Wienand zwei Orden geben: einen für die Erhaltung von Brandts Kanzlerschaft, einen für die Ostverträge. Und dann einen leichten Tritt in den Hintern dafür, daß er sich hat erwischen lassen.“

Kein Zweifel: Wienand ist „in“ bei den Linken. Ihnen geht es nicht um Moral, ihnen geht es darum, die Rückkehr einer „bürgerlichen“ Koalition an die Macht zu verhindern. Mit allen Mitteln. Und Wienands Mittel – wenn es seine waren – haben sich ja bewährt.

Distanzieren sich SPD und FDP von diesem links-intellektuellen Zynismus? Bisher wartet man vergeblich darauf. Nicht, daß man nicht ein bißchen moralisches Bauchweh hätte. Aber: „Niemand, der was werden oder bleiben will in der SPD, kann heute noch gegen die Linke auftreten – und in der FDP wird es zumindest immer schwieriger.“ So umschreibt ein gestandener Genosse in Bonn die innerparteiliche Situation der Koalitionspartner. Man muß ihm wohl glauben. Dazu zwei anschauliche Beispiele aus jüngster Zeit:

1. Der Fall Posser: Der Düsseldorfer Justizminister gilt bei Insidern als „Kronprinz“ des NRW-Ministerpräsidenten Kühn. Er gilt als gemäßigter Mann. Trotzdem setzte er sich mit dafür ein, daß ein Kommunist Richter werden kann (Fall Götz). Das brachte Posser lauten Beifall von der Linken. Unter dem Druck der FDP-Minister in Düsseldorf und im Interesse der dortigen sozialliberalen Koalition mußten Posser und Kühn die Entscheidung pro Götz zurückstellen – und prompt macht die SPD-Linke aus der Affäre eine Kraftprobe mit dem „Rechtskartell“.

2. Der Fall Eppler: Der Bundesminister für Entwicklungshilfe läßt keine Chance aus, bei der SPD-Linken Sympathien zu sammeln. Zuletzt in Sachen Portugal, vorher meist in Sachen Eigentums-Verlagerung. Erfolg: Epplers Popularität beim SPD-Anhang nähert sich immer mehr der Willy Brandts. Bei jüngsten internen Umfragen schnitt er bereits besser ab als Helmut Schmidt. Ehmke dagegen, der auf Abstand von den Linksextremisten hält, verschwand praktisch in der Versenkung.

Weitere Beispiele: Verteidigungsminister Leber wird von der SPD-Linken als konservatives Fossil gerade noch toleriert, aber kaum noch ernstgenommen. Und Hans Jochen Vogel (bislang als eventueller Brandt-Nachfolger im Gespräch) muß feststellen, daß sich seine Taktik, als gemäßigter Linker der extremen Münchener Linken das Wasser abzugraben, nicht bewährt hat: Die Links-Tendenz in der SPD ist stärker, als er selbst geahnt haben mag. Nicht die Extremen in München gerieten ins Schwimmen, sondern der Vogel-Anhang ...

War es vor zwei bis drei Jahren noch eine mehr modische Attitüde von SPD-Politikern, auch mit den Jusos zu „können“, so ist es heute Voraussetzung für Duldung, Job und Karriere. Denn: Die jungen Leute unter 35 Jahren stellen heute bereits ein Drittel aller SPD-Mitglie-

der, nämlich rd. 300 000. Und sie stellen die aktivsten Parteimitglieder, die zähesten Wahlkämpfer, die bestgeschulten Kader. Bis 1980 könnten die Jusos in der Partei die Mehrheit haben, und darauf stellen sich Funktionäre ein, die auch nach 1980 noch mitmischen wollen.

Man sollte sich diese Entwicklung stets vor Augen halten. Denn sie besagt schlichtweg: Unsere rote Zukunft hat schon begonnen! Sollte die SPD 1976 die absolute Mehrheit gewinnen, stünden die Jusos an der Krippe der totalen Macht. Dann würden ihre Programme Politik und ihre Politik westdeutscher Alltag.

Hoffe man ja nicht darauf, daß sich diese jungen Leute durch Teilhabe an der Macht vielleicht schnell korrumpieren und mäßigen ließen. Sie bringen im Schnitt mehr echten Idealismus mit als z. B. jene SPD-Politiker, die nach 1945 mit dem Eintritt in die Partei mehr oder weniger ein Ticket lösten für Vergangenheits-Bewältigung und Zukunft-Sicherung zugleich.

Noch sind Brandt, Schmidt und Leber Aushängeschilder der SPD, die weit ins bürgerliche Lager hineinwirken. Aber sie werden immer weniger repräsentativ für die Partei. Von unten her wächst die Macht der Linken. Und die wollen nicht „mehr Lebensqualität“, sondern Revolution, keine sozialliberale Koalition, sondern die Volksfront.

Noch hält sich die SPD-Linke – aus taktischen Gründen – zurück. Sie weiß, daß die SPD als Gesamtpartei noch nicht auf Volksfront-Kurs zu bringen ist. Sie weiß, daß ein offenes Taktieren der Linken auf dieses Ziel hin die Spaltung der SPD und damit auch eine Gefährdung der eigenen derzeitigen Macht-, Informations- und Propaganda-Möglichkeiten bedeuten würde. Sie rühren auch nicht am Idol Willy Brandt, weil er noch immer der sicherste Garant eines Wahlsieges ist, der dann in den Sieg der Jusos umgewandelt werden soll.

Aber insgeheim und inoffiziell wird der Boden vorbereitet ... wer-

* Curt L. Schmitt Briefe, 4930 Detmold, Postfach 1 03

den die bisherigen Trennungslinien zwischen linken Sozialdemokraten und Kommunisten systematisch verwischt... werden Aktions-Einheiten mit der DKP gefördert. Schon heute ist ein Großteil des Juso-Anhangs beliebig austauschbar mit Kommunisten, und die Kommunisten ihrerseits fördern dieses Aufeinanderzuwachsen durch planmäßige Unterwanderung linker SPD- und Gewerkschafts-Gruppen.

Diese Entwicklung wird von Moskau gefördert, mit Geduld und wohl wissend, daß ein offener Anlauf der Kommunisten auf die Macht in Bonn vorerst keine Chance hätte (nicht zuletzt im Blick auf die Tat-

sache, daß die USA dabei nicht stillhalten würden; das gute Verhältnis zu den USA ist aber z. Z. das A und O der sowjetischen Politik).

Es bleibt nur der Umweg über die SPD bzw. die systematische Umwandlung dieser Partei bis zur Volksfront-Reife über deren linken Flügel. Darum unterstützt Moskau — ursprünglich gegen die Bedenken Ostberlins — auch Brandt. Das SPD-Vorstandsmitglied Roth feierte erst dieser Tage in Ostberlin in einem Atemzug Breschnew, Honecker und Brandt als Friedenskämpfer. Das paßt in die Linie. Denn diese Regierung ist nun einmal — ob es Brandt

bewußt ist oder nicht — in den Augen der Sowjets ebenso wie in den Augen der Jusos notwendige Vorstufe für ein Volksfront-Regime in der Bundesrepublik Deutschland.

Es darf angenommen werden, daß Brandt diese Gefahr sieht. Das nützt allerdings wenig, solange er nicht handelt und endlich den Schnitt wagt, der die SPD von ihrem linksextremen Flügel trennt. Tut er es nicht, dann wird es der SPD 1976 schwerfallen, einen Wahlkampf zu verhindern, der von der CDU/CSU und u. U. auch von der FDP vor allem mit dem Volksfront-Gespenst geführt wird.

Aus unserer Arbeit:

Landesdelegiertenkonferenz des evangelischen Arbeitskreises der CDU Westfalen-Lippe

Hamm:

86 Delegierte des EAK aus den westfälischen Kreisverbänden trafen sich am 11. August 1973 zu ihrer Delegiertenkonferenz. Der Vorsitzende des Arbeitskreises, Albert Pürsten, MdL, konnte einen umfangreichen Geschäftsbericht vorlegen, der insbesondere auch eine positive Bilanz im Hinblick auf die Mitgliederbewegung aufwies.

Nach einem Referat des Bundestagsabgeordneten Friedrich Vogel zum Status des Evangelischen Arbeitskreises fand eine rege Diskussion statt.

Die anschließenden Vorstandswahlen brachten folgendes Ergebnis:

1. Vorsitzender: Albert Pürsten, MdL.

Die bisherigen Stellvertreter, Dr. Manfred Luda, MdB, und Friedrich Vogel, MdB, hatten zuvor auf eine Kandidatur verzichtet, weil sie der Ansicht waren, daß auch die junge Generation in die Verantwortung

nachrücken müsse. So wurden als Stellvertreter zwei aktive Mitglieder der Jungen Union gewählt, und zwar Fräulein Inge Steimann, Hamm, und Horst Quarz, Minden.

Als Beisitzer zogen in den Vorstand für den Bezirk Industriegebiet ein: Dr. Heinrich Fortmann, Bochum, Ludwig Gerstein, Dortmund, Gisela Jessen, Gevelsberg.

Für den Bezirk Ostwestfalen: Herbert Kayser, Bielefeld, und Dr. Gerhard Rödding, Bielefeld-Altenhagen.

Für den Bezirk Münsterland: Superintendent Paul Schreiber, Rheine, und Manfred Daberkow, Gronau.

Für den Bezirk Sauer-/Siegerland: Dr. Manfred Luda, MdB, Meinerzhagen, und Walter Stich, Arnsberg.

Im Anschluß an das Referat von Friedrich Vogel war es zuvor zu einer lebhaften Diskussion gekommen, in deren Verlauf eine verstärkte politische Aussage der CDU zur Liberalität hin gefordert wurde.

Über die starken Bestrebungen der SPD, das Gespräch mit den Kirchen zu suchen, sowie über die im

September stattfindende EAK-Bundestagung in München berichtete EAK-Geschäftsführer Dr. Peter Egen aus Bonn.

Ein Wort des besonderen Dankes richtete zum Schluß EAK-Landesvorsitzender Albert Pürsten, MdL, sowohl an die aus dem Vorstand ausgeschiedenen Mitglieder als auch an den EAK-Landesgeschäftsführer Helmut Schönfeld. Pürsten hob dabei die ausgezeichnete Arbeit hervor, die sie für den EAK geleistet hätten.

Unsere Autoren:

Dr. Werner Dollinger, MdB
853 Neustadt (Aisch)
Hampfergrundweg 30

Christoph Jahn, Pfarrer
852 Erlangen
Schenkstraße 69

Rudolf Junghans, stud. theol.
355 Marburg (Lahn)
Heinrich-Heine-Straße 50

Kurt Thürk, MdB
66 Saarbrücken
Spicherer Bergstraße 72

Dr. Winfried Zehetmeier, Stadtrat
8 München 55
Pfingstrosenstraße 23 c